

12.10.1920 – Beginn eines außerordentlichen Parteitages der USPD (bis 17.10.1920) in Halle (Saale). Die Mehrheit beschloss, sich der Komintern und der KPD anzuschließen. Die Minderheit hielt zunächst die Existenz der USPD aufrecht und vereinigte sich am 24.09.1922 wieder mit der SPD.

14.10.1941 – Beginn der Deportationen jüdischer Bürgerinnen und Bürger Deutschlands in die Vernichtungslager

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

17. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

01. Oktober 2013

Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2013

DIE LINKE konnte mit einem Ergebnis von 8,6% als nunmehr drittstärkste politische Kraft zum dritten Mal in Folge in den Deutschen Bundestag einziehen.

Mit einem Zweitstimmenanteil von einem Viertel der halleschen Wählerinnen und Wähler konnten wir an die guten Wahlergebnisse der Vergangenheit anknüpfen, jedoch das herausragende Ergebnis von 2009 nicht wieder erreichen.

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Stimme auf uns gesetzt haben und versichern, dass wir uns auch in Zukunft für eine 100 Prozent soziale, 100 Prozent friedliche und 100 Prozent demokratische Politik stark machen werden.

Wir danken unserer Direktkandidatin Dr. Petra Sitte, die mit ihrem Einsatz der LINKEN in Halle deutlich Gesicht und Stimme verliehen hat. Petra Sitte wird auch künftig als Bundestagsabgeordnete aus und für Halle wirken.

Im Wahlkampf hat DIE LINKE Halle auf die Themen, soziale Gerechtigkeit, Mindestlohn, Mindestrente und eine friedliche Außenpolitik gesetzt, Themen die aus unserer Sicht auch künftig auf der politischen Agenda stehen. Leider war der Wahlkampf allzu oft von inhaltsleeren Kanzler- und Koalitionsdebatten gekennzeichnet.

100 % sozial auch nach der Wahl heißt für uns, sich dem Sparkurs der

Landesregierung bezüglich Hochschulen, Kultur, Jugend konsequent zu widersetzen. Dafür steht DIE LINKE als verlässliche Ansprech- und Bündnispartnerin.

Der Stadtvorstand dankt allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern und vor allem unserer Jugendorganisation, der linksjugend [‘solid], die mit ihrem Engagement den Wahlkampf maßgeblich getragen und gestaltet haben.

Wir freuen uns über neue Mitglieder, die im Wahlkampf zu uns gefunden haben.

Danke

allen unseren Wählerinnen und Wählern,
Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern,
Unterstützerinnen und Unterstützern.
100% sozial, auch nach der Wahl!












www.die-linke.de

DIE LINKE.













Vorläufige Wahlergebnisse zur Bundestagswahl am 22. September 2013 für den Wahlkreis 72 - Erststimme

Das Wahlgebiet umfasst die Stadt Halle (Saale), die Stadt Landsberg und die
Gemeinden Kabelsketal und Petersberg.

Erststimmenergebnis

Dr. Sitte, Petra (DIE LINKE)	DIE LINKE		25,51 %
Dr. Bergner, Christoph (CDU)	CDU		36,29 %
Dr. Diaby, Karamba (SPD)	SPD		23,34 %
Pieper, Cornelia (FDP)	FDP		2,10 %
Dr. Kranich, Sebastian (GRÜNE)	GRÜNE		3,74 %
Schurig, Stephan (PIRATEN)	PIRATEN		2,05 %
Dietrich, Rolf (NPD)	NPD		1,41 %
Oettler, Frank (MLPD)	MLPD		0,32 %
Domicke, Dirk (AfD)	AfD		3,38 %
Weichler, Dietmar (FREIE WÄHLER)	FREIE WÄHLER		0,93 %
Bauersfeld, Martin	---		0,94 %

Zweitstimmenergebnis

DIE LINKE		24,38 %
CDU		37,71 %
SPD		17,88 %
FDP		3,13 %
GRÜNE		7,21 %
PIRATEN		2,55 %
NPD		1,50 %
MLPD		0,22 %
AfD		4,16 %
pro Deutschland		0,24 %
FREIE WÄHLER		0,81 %
ÖDP		0,21 %

(Quelle: <http://www.halle.de/de/Rathaus-Stadtrat/Statistik-Wahlen/Wahlen/Bundestagswahl-2013/Vorlaeufiges-Wahlergebnis/#>)

Fragen an uns selbst

Nach der Wahl ist bekanntlich auch immer vor der Wahl und so wird der politische Alltag auch nach der Bundestagswahl in unserem Stadtverband sicher nicht langweilig.

Am 28. Mai 2014 finden die Europawahlen und in Halle die nächsten Wahlen zum Stadtrat statt.

Insbesondere die Kommunalwahl ist eine Kernaufgabe der nächsten Monate, anders als bei Bundestags- oder Landtagswahlen ist hier der Stadtverband allein für die Vorbereitung verantwortlich. Es gilt, die Themen festzulegen, die Schwerpunkt unseres Kommunalwahlprogrammes sein sollen, Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen und darüber nachzudenken, wie der Wahlkampf geführt werden soll.

Doch auch jenseits von Wahlen stehen in den kommenden Monaten zahlreiche Aufgaben für unseren Stadtverband an. Am 16. November findet im Kulturtreff unser Stadtparteitag statt, den wir nach den guten Erfahrungen des vergangenen Jahres wieder als Gesamtmitgliederversammlung durchführen wollen. Auch hier stehen zunächst wieder Wahlen an, die turnusmäßige Neuwahl unseres Stadtvorstandes und der Delegierten zum Bundesparteitag.

Zum anderen gilt es nachzudenken, wie wir weiter am Erscheinungsbild der LINKEN in Halle arbeiten wollen. Hier sollten wir die Erfahrungen des letzten Jahres auswerten und einer kritischen Prüfung unterziehen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die Politik unserer Partei zu erarbeiten und in die halesche Bevölkerung zu tra-

gen. Gelingt uns das immer? Was haben wir besonders gut gemacht, was sollten wir in Zukunft anders machen? Wir haben sowohl im Bundestagswahlkampf als auch im politischen Alltag versucht, neue Formen der Ansprache zu etablieren, sei es der Neujahrsempfang am Jobcenter, das LINKE-Picknick oder die Verteilung von Wahlmaterial und Kaffee frühmorgens am Hauptbahnhof.

Wie nehmen unsere Mitglieder die Parteiarbeit wahr - sind sie zufrieden? Im vergangenen Jahr hat die Mitgliederversammlung die Bildung von Ortsverbänden beschlossen, ist es uns schon gelungen, daraus eine neue Arbeitsform zu entwickeln, die auch die zahlreichen Mitglieder anspricht, die wir mit unseren Basisorganisationen nicht mehr erreichen? Eine offene „Baustelle“ des Stadtverbandes ist die noch ausstehende Gründung des Ortsverbandes Mitte.

Unser Jugendverband hat im vergangenen Jahr gute Arbeit geleistet, wie können wir ihn besser unterstützen, damit wir noch mehr junge Menschen mit linker Politik erreichen? Auch unser Studentenverband leistet gute Arbeit an der Universität, wie können wir dort mehr junge Menschen erreichen? Bei der U18-Wahl haben wir als Partei nicht gut abgeschnitten, wie können wir Schülerinnen und Schüler ansprechen und für unsere Politik interessieren?

Wie können wir unsere Bildungsarbeit verbessern? An welchen Orten sollen unsere Abgeordneten für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein? Wie verbessern wir unsere innerparteiliche Kom-



munikation? Wie steht es um die Arbeit in überparteilichen Bündnissen?

Die hier aufgeworfenen Fragen sind noch lange nicht alle, für ihre Beantwortung reicht eine Mitgliederversammlung sicher nicht aus. Ich würde mich freuen, wenn diese und viele Themen mehr bis zur Mitgliederversammlung in den Basisorganisationen diskutiert werden und am 16. November erste Ergebnisse ausgetauscht werden können. Auch Genossinnen und Genossen, die ihre Bereitschaft erklären, im neuen Stadtvorstand, um unter anderem an diesen und vielen anderen Fragen mitzuarbeiten, sind herzlich willkommen.

Die Aufgaben gehen einer Partei wie unserer nicht aus, deshalb freue ich mich auch über die zahlreichen Neumitglieder, die im Bundestagswahlkampf zu uns gestoßen sind. Sie in unsere Arbeit einzubinden ist unser aller Aufgabe. Mitarbeit in einer Partei muss interessant sein und auch Spaß machen - nur so gelingt es uns, im Meinungsstreit uns und andere von unseren Zielen zu überzeugen.

Swen Knöchel

Vorsitzender des Stadtverbandes Halle (Saale)

Foto: M. Bahr

Aus der letzten Stadtratssitzung am 25. September 2013

Eine enorme Tagesordnung galt es abzuarbeiten!

Pünktlich zur Sitzung wurde den Stadträten auch der Nachtragshaushalt für das Jahr 2013 und der Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 vorgelegt. Das ehrgeizige Ziel des Oberbürgermeisters, den Haushalt in nur einem Monat durch alle Ausschüsse zu „jagen“ und bereits im Oktober im Stadtrat zu beschließen, wurde bereits „gekänzelt“, auch der November ist unsicher. Bodo Meerheim als Vorsitzender des Finanzausschusses sieht den Dezember als realistisch. Der Oberbürgermeister nahm den Vorschlag an und sagte eine Änderung der Beratungsfolge zu.

Herr Geier brachte den Nachtragshaushalt sowie den Haushaltsentwurf 2014 ein. Ehrgeiziges Ziel der Verwaltung ist es, den nächsten Haushalt auch wieder mit einer „schwarzen Null“ zu beenden. Für das nächste Jahr sind Ein- und Ausgaben in Höhe von jeweils 579,3 Millionen geplant. 40,9 Millionen Euro sollen in verschiedene Bauprojekte investiert werden. Ein „großer Posten“ im Haushalt sind die Personalkosten; sie betragen 129,4 Mio. Euro.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen zum Haushalt soll auch das Vorhaben „Bürgerhaushalt“ aktiviert werden. Am 30.09.2013 wird es dazu eine Veranstaltung im Ratshof geben!

Beschlossen wurde im Stadtrat eine Vorlage zur „Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen zur Reduzierung von Personalaufwendungen im Zeitraum 2014 – 2018“. Die Verwaltung hat ein Programm vorgestellt, mit dem mittels Abfindungen, neuen Ren-

tenmodellen und freiwilligen Arbeitszeiteinsparungen 260 Personalstellen eingespart werden sollen. Eigens zu diesem Zweck wurde ein zeitweiliger Ausschuss beschlossen, der diese Ziele begleiten soll. Ebenso wird parallel zu den Diskussionen zum Haushalt in den Fachausschüssen der Stellenplan der Ämter diskutiert.

Alle Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne – wie zum Beispiel zum Zoo, der HWG oder zum Eigenbetrieb für Arbeit – wurden beschlossen.

Die Ortsfeuerwehr Halle-Trotha bekommt einen Neubau, die Feuerwache Süd wird saniert! Auch das Stadtbahnprogramm Halle – 2. Stufe – wird bestätigt. In dieser 2. Stufe geht es vor allem um Erneuerungen der Straßenbahn-Infrastruktur in der Merseburger Straße. Ohne Diskussion wurde auch beschlossen, dass die WG „Freiheit“ in der Niemeyerstraße ab Frühjahr 2015 ein neues Wohngebiet errichten kann.

Der Änderung des Flächennutzungsplanes am Hufeisensee – zur Errichtung eines Golfplatzes – konnten wir nicht zustimmen. Antworten auf eine Anfrage unserer Fraktionen zum Hufeisensee bestätigen unsere Haltung. So kritisierte Olaf Sieber für unsere Fraktion beispielsweise, dass die geplante Versiegelung großer Flächen irreversible Schäden an der landwirtschaftlichen Nutzfläche hinterlassen! Auch die Größe der geplanten Fläche für den Golfplatz wäre unverhältnismäßig, kritisierte er weiter. Leider stimmten nur die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE und die der GRÜNEN gegen diese Vorlage; sie wurde mehr-

heitlich bestätigt.

Große Diskussionen gab es zur Vorlage, die die Auflösung des Zentralen Gebäudemanagements (ZGM) und damit der Gründung eines neuen Fachbereiches Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement vorsieht. Die Vorlage wurde mehrheitlich beschlossen – ohne unsere Zustimmung!

Bodo kritisierte u.a. das Management zum Abbau von Personal! Auch die Transparenz der Arbeit des ZGM ging verloren, – so weitere Argumente. Das ZGM hatte bisher immer einen Eigenbetriebsausschuss!

Der Antrag unserer Fraktion, die Gedenktafel für Kurt Wabbel, die am Erdgas Sportpark zu finden ist und nicht mehr lesbar ist, zu restaurieren, fand keine Mehrheit. Nur unsere Fraktion stimmte dafür. Diese Tafel steht im Übrigen unter Denkmalschutz.

Der Antrag unserer Fraktion zur Prüfung, ob in Halle das Informations- und Warnsystem „Katwarn-Service“ einzuführen, wurde angenommen. Die Verwaltung will bis November ein Konzept erstellen.
Ute Haupt, Stadträtin

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
26.09.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 10.10.2013

„Was braucht Halle?“

unter dem Titel „Was braucht Halle?“ hat der Arbeitskreis Jugend/Gesundheit und Soziales der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

**am Samstag, dem 26. Oktober 2013, in der Zeit von 10 Uhr bis ca. 16 Uhr,
im Stadthaus Halle (Saale), Marktplatz 2,**

eine Fachtagung geplant.

Die Fachtagung soll das Ziel verfolgen, Perspektiven für eine an Realitäten und Möglichkeiten orientierte Jugend- und Sozialarbeit zu entwickeln. In Zusammenarbeit mit Freien Trägern der Jugendhilfe, Partnern der sozialen Arbeit und Vereinen soll durch Inputs und Diskussionen in Workshops am Thema gearbeitet werden. Dabei stehen insbesondere Erfahrungen in der Präventionsarbeit und sozialen Stadtentwicklung, Erfordernisse durch den demographischen Wandel, Entwicklungsbedarfe, gesellschaftliche Integration, kommunalpolitische Erwartungen und Verantwortung im Mittelpunkt.

Wir wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen, uns verständigen, aus Ihren Erfahrungen lernen und über entsprechende Rahmenbedingungen konstruktiv streiten.

Sie sind herzlich eingeladen, dabei zu sein!

Wir würden uns über eine Rückmeldung Ihrer Teilnahme bis zum 8. Oktober 2013 freuen, um die organisatorischen Vorbereitungen besser planen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender Fraktion DIE LINKE.

Ute Haupt
Stadträtin, DIE LINKE.
Leiterin des Arbeitskreises Jugend/ Gesundheit und Soziales

Rückmeldung bitte bis zum 18.10.2013

per Fax: 0345 – 221 3060, telefonisch 0345 – 221 3056 o d e r Mail: ute.haupt@halle.de

**Wir gratulieren allen Genossinnen
und Genossen, die im Monat
Oktober Geburtstag haben.**



Der Ortsverband Halle-Nord der LINKEN
lädt zur nächsten Zusammenkunft
**am Mittwoch, dem 2. Oktober 2013, 16.30
Uhr, in den Versammlungsraum Blumenstr.
16 ein.**

Zu Gast ist **Marcel Kieslich (Mitglied des
Stadtvorstandes)**, der mit uns die Ergebnisse der
Bundestagswahlen besprechen und als Delegierter
zum Landesparteitag die kommunalpolitischen
Leitlinien vorstellen wird. Die Versammlung ist
öffentlich.

Basistreffen BORiebeckplatz/Hofjäger
am 09. Oktober, 16 Uhr im Kartoffelhaus,
Willy-Brandt-Str. 44



**PREISSKAT in Halle
am Freitag, dem
18. Oktober 2013**

Beginn: 14 Uhr Ende: gegen 18 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Straßenbahn,
Linien 1 und 6 sowie Buslinie 26, Haltestellen sind
Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 €. Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierer-
tisch und 27 Spiele am Dreiertisch
und nach der Skatordnung des Deutschen Skat-
verbandes e. V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14.10 Uhr.

Runder Tisch legt Endfassung seines Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie vor

Auf seiner Zusammenkunft am 9. September 2013 beschloss der Lesben- und Schwulenpolitische Runde Tisch Sachsen-Anhalt einen „Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie“:

<http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/Aktionsplan%20LSpRT%20Endfassung.pdf>

Nach der Fachkonferenz am 15. März sind einige Änderungen und Ergänzungen in den Aktionsplan eingearbeitet wurden. Nun ist die Politik am Zug. Am 21.06. verwies der Landtag von Sachsen-Anhalt einstimmig folgenden Antrag in die zuständigen Fachausschüsse:

<http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/Antrag%20Landtag%20Juni%202013.pdf>

Erste Ausschussberatungen fanden nach der Sommerpause dazu bereits statt.

30 Jahre organisierte Arbeit für Homosexuelle in der Region Halle: Zeitzeugengespräch am 11.10.

Am 12. Oktober 1983 gründete sich ein Gesprächskreis Homosexualität in der Petri-Gemeinde in Eisleben. Vor 30 Jahren begann damit die organisierte Arbeit für Homosexuelle in der Region Halle. Ein Meilenstein in dieser Geschichte war der Treff des Arbeitskreises Homosexualität in den Räumen der Evangelischen Stadtmission Halle von Mai 1985 bis Januar 1990.

An diesem Ort (Evangelische Stadtmission Halle e. V., Weidenplan 3-5) möchte das BBZ „lebensart“ am Freitag, 11. Oktober 2013, 19 Uhr mit Zeitzeug*innen auf die 30 Jahre zurückschauen und auch Anregungen für die Gegenwart und Zukunft geben. Die 1980er und 1990er Jahre werden im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen. Die Veranstaltung ist öffentlich, besonders auch ehemalige Mitstreiter*innen und Besucher*innen sind mit ihren Erinnerungen, Materialien und Fotos herzlich eingeladen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein anstrengender, ereignisreicher und erfolgreicher Wahlkampf liegt hinter uns. Der Wahlsonntag war ein guter Tag für DIE LINKE. Wir ziehen erneut mit einer starken LINKEN Fraktion in den Deutschen Bundestag ein – mit einem Ergebnis von 8,6 Prozent, das uns vor einem Jahr niemand zugetraut hätte. Auch in Hessen haben wir gekämpft und mit 5,2 Prozent gewonnen. Hessen ist damit das erste westdeutsche Bundesland, in dem wir zum dritten Mal hintereinander den Einzug in den Landtag schaffen.

Wir gratulieren allen frisch gewählten Abgeordneten und wünschen ihnen für die kommende Legislaturperiode viel Kraft,

Durchhaltevermögen, tolle Ideen und starke Nerven. Vor allem aber möchten wir all den Kandidatinnen und Kandidaten sowie den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern danken, die vor Ort das Gesicht der LINKEN waren und sind. Euer Engagement im Wahlkampf war die Grundlage für unseren erfolgreichen Wiedereinzug – mehr als sieben Millionen Zeitungen und fünf Millionen Kurzwahlprogramme wurden verteilt, eine halbe Millionen Plakate gehängt, hunderte Veranstaltungen und Aktionen organisiert, viele Neumitglieder wurden gewonnen. Euch allen gehört unser großer Dank.

Nach einem langen und harten Wahlkampf hätten wir uns eigentlich eine Verschnaufpause verdient. Diese ist uns leider nur kurz vergönnt. Neben der Auswertung des Wahlkampfes und der Vorbereitung der Europawahl werden wir in den nächsten Monaten insbesondere die Parteientwicklung in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Die vielen neuen Kontakte der letzten Wochen, das spürbare Engagement, die gute Stimmung in der Partei wollen wir nun weiter nutzen. Wir hoffen dafür auf Eure Unterstützung und verbleiben



Petra Sitte- unsere Bundestagsabgeordnete
Foto: M. Bahr

DIE LINKE bleibt

Im Nachgang der Bundestagswahl erklärt die Landesvorsitzende Birke Bull:

DIE LINKE bleibt

„Diese Wahl hat viel verändert. Schwarz-Gelb hat keine Regierungsoption mehr, das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik verpasst die FDP den Einzug in den Bundestag. Die Strategie von SPD und GRÜNEN, linke Mehrheiten ohne uns realisieren zu wollen, ist implodiert. Wir sind mit 8,6 Prozent drittstärkste Kraft im Bundestag!

In Hessen haben die Genossinnen und Genossen den Wiedereinzug in den Landtag erkämpft. Eine linke Mehrheit gegen die CDU ist auch dort nur mit uns möglich. Wir gratulieren herzlich!

Nach einem hochmotivierten Wahlkampf gilt unser Dank vielen: Die Wählerinnen und Wähler haben bestätigt, wir haben Vertrauen zurück gewonnen, DIE LINKE ist wieder zurück. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben für DIE LINKE Gesicht gezeigt, viele Genossinnen und Genossen haben den Straßenwahlkampf gestemmt und unsere Kampagne getragen. Die Partei hat geschlossen agiert, damit haben wir uns als stabiler Faktor in der bundesdeutschen Politik behaupten können. Unser Dank gilt besonders Gregor Gysi, dessen Einsatz nicht hoch genug zu schätzen ist, den Parteivorsitzenden, den Wahlkampfleitern, Matthias Höhn im Bund und Achim Bittrich im Land, den Spitzenkandidatinnen und Kandidaten, der Agentur, den Wahlkampfteams sowie dem Jugendverband.

Wir gratulieren Petra Sitte, Jan Korte, Katrin Kunert, Roland Claus und Rosemarie Hein und wünschen den Abgeordneten aus Sachsen-

Anhalt eine starke 18. Legislaturperiode im Bundestag. Die neue Fraktion der LINKEN wird insgesamt 64 Sitze haben, wir haben trotz Stimmenverlusten den Wiedereinzug einer starken Fraktion erreicht. Wir danken Elke Reinke, Harald Koch, Jörg Schindler und Thomas Waldheim für ihre Kandidaturen und ihren engagierten Wahlkampf.

Hinter uns liegt ein sehr intensiver Wahlkampf, unzählige Genossinnen und Genossen haben viel Kraft und Ideen investiert. Der Zuspruch in den Wochen des Straßenwahlkampfes hat uns zusätzlich motiviert und beflügelt. Gemeinsam haben wir für ein gutes Parteiergebnis sowie für die Verteidigung der 2009 gewonnenen Direktmandate gekämpft. Unsere Abgeordneten haben sich in ihren Wahlkreisen in den vergangenen vier Jahren außerordentlich engagiert.

Die Leute vor Ort werden den Draht zu den LINKEN Abgeordneten in Sachsen-Anhalt weiter behalten – dort sind viel Vertrauen und Beziehungen gewachsen. Wir wussten, dass es diesmal schwer werden wird. Die Partei mit dem stärksten Zweitstimmergebnis gewinnt in der Mehrheit der Fälle auch die Direktmandate – 2009 hatten wir diesen Vorteil, diesmal lag die CDU vorn. Die Landesthemen haben bei dieser Bundestagswahl keine Rolle gespielt, die CDU hat trotz großer Unzufriedenheit im Land auch in Sachsen-Anhalt ein sehr gutes Ergebnis erreicht. Die CDU hat die Wahl mit Frau Merkel gewonnen. Und Frau Merkel hat die Wahl mit dem diffusen Sicherheitsversprechen gewonnen, dass die Krise nicht weiter an Deutschland herankommt. Abhanden gekommen ist ihr der Koalitionspartner FDP. Deren harter marktradikaler Kurs hat sie ins

politische Abseits geführt.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat mit 23,9 Prozent das beste Zweitstimmenergebnis im Ländervergleich unserer Partei erzielt. Dennoch liegt dieses Resultat hinter unseren Erwartungen. Wir haben gegenüber dem Ergebnis 2009 absolut etwas mehr als ein Viertel der Stimmen verloren, die wir wieder erreichen wollen. Wie im Bund gilt auch im Land, es muss Bewegung in das linke Lager, damit es realisierbare und greifbare Optionen jenseits konservativer Mehrheiten gibt. Dieses Land sollte nicht durch Abstiegsängste und Verdrängung geprägt werden, sondern durch Mut und Solidarität.

Das knappe Scheitern der Alternative für Deutschland – mit hohen Stimmanteilen in Ostdeutschland – ist eine politische Herausforderung. Es braucht unsere Argumente gegen die europakritischen Positionen der AfD. Hier kämpft eine Partei am ultrakonservativen Flügel des politischen Spektrums – diese Partei beschwört vor allem das Trennende – in Europa, im Sozialen, im Kulturellen. 2014 sind Europawahlen, wir müssen für eine solidarische Europapolitik kämpfen und gegen eine nationalistische Abschottungspolitik, wie sie die AfD vertritt.

Trotz leichter Steigerung bleibt Sachsen-Anhalt das Bundesland mit der geringsten Wahlbeteiligung. Dies bleibt Herausforderung für Politik und Öffentlichkeit, vor allem vor Wahlkampfzeiten.

Die Bundesrepublik steht vor neuen politischen Weichenstellungen.

Die Wahlen im Bund und in Hessen haben bestätigt, für einen wirklichen politischen Wechsel braucht es DIE LINKE.“

Deutsche Chemie für syrisches Giftgas?

**Massenvernichtungswaffen verbieten!
Rüstungsexporte endlich stoppen!**



Es ist ein Skandal! Erst auf Nachfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag beim Bundeswirtschaftsministerium ist eine Ungeheuerlichkeit herausgekommen: Die rot-grüne und später die schwarz-rote Bundesregierung haben zwischen 2002 und 2006 die Lieferung von 111 Tonnen Fluorwasserstoff, Natriumfluorid und Ammoniumhydrogendifluorid nach Syrien genehmigt. Das sind sogenannte Dual-Use-Chemikalien, die einem doppelten Verwendungszweck dienen. Zum einen werden sie für zivile Zwecke wie die Oberflächenbehandlung von Metallen oder die Herstellung von Zahnpasta genutzt. Zum anderen können sie aber auch militärisch verwendet werden. Zum Beispiel für die Produktion des Giftgases Sarin.

Deutsche Regierungen haben die Ausfuhr dieser hochsensiblen Chemikalien genehmigt, obwohl damals bereits bekannt war, dass Syrien ein riesiges Chemiewaffen-Programm betreibt und als eines von wenigen Ländern nicht der Konvention zur Ächtung von Chemiewaffen beigetreten ist. Damit ist nicht auszuschließen, dass sich die Bundesrepublik durch Beihilfe zur Produktion verbotener Chemiewaffen an dem Sarin-Angriff auf Damaskus mitschuldig gemacht hat, dem hunderte Menschen zum Opfer fielen.

Es gibt eine eindeutige politische Verantwortung: Frank-Walter Steinmeier war damals Mitglied beider Bundesregierungen – unter Schröder als Chef des Bundeskanzleramtes und im Kabinett von Merkel als Außenminister. Er muss

über diese unglaublichen Vorgänge informiert gewesen sein. Von ihm erwarten wir ebenso Aufklärung über die fragwürdigen Exporte wie von der Bundeskanzlerin. Es geht vor allem um die Frage, ob und wie Deutschland die zivile Verwendung der Chemikalien überprüft oder ob man sich nur auf Zusicherungen Syriens verlassen hat.

Deutschland ist Wiederholungstäter. Die Kohl-Regierung lieferte Giftgas nach Libyen und in den Irak, dort wurde es gegen die Kurden in Halabja eingesetzt. Immer wieder wurden und werden deutsche Waffen an autoritäre Staaten und in Krisengebiete geliefert. Es ist endlich an der Zeit, diese Waffenlieferungen zu stoppen. Die Tatsache, dass Rot-Grün und Schwarz-Rot gleichermaßen für die Lieferung enormer Mengen von Chemikalien und Rüstungsgütern nach Syrien und in andere Staaten verantwortlich sind, zeigt ein weiteres Mal: Nur DIE LINKE steht für eine friedliche Außenpolitik!

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 999
Fax: 030/24 009 541
partei.vorstand@die-linke.de
www.100-prozent-sozial.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn